

LEMBACHER NACHRICHTEN



Die ÖVP
informiert die Gemeindebewohner

INHALTSVERZEICHNIS

Unser Bürgermeister am Wort	BGM.H.Kumpfmüller	3- 5
Unser ÖVP-Obmann informiert	Hans Winkler	6-11
Bundesparteiobmann Dipl.Ing.Josef Riegler stellt sich vor		12-14
Mein Standpunkt	Hildegard Ecker Rudolf Höfler Karl Keplinger	15-16
Aus der Sicht der Jugend	Harald Stadler	17
Der Bauernbundobmann hat das Wort	Franz Hofer	18
ÖVP Wohnbau Info	Josef Wakolbinger	19/20
Ohne Frauen ist kein Staat zu machen	Beitrag der Redaktion	21
Bericht der Rot-Kreuz Ortsstelle Lembach	Harald Treml	22
Kath. Bildungswerk - Vortragsprogramm 1990	Harald Treml	23
Das sind wir unseren älteren MitbürgerInnen schuldig	Beitrag der Redaktion	24
Privatisierungsschub in Österreich	Info der Bezirkspartei-	25
Anhang:	leitung	
Wasseruntersuchungsbefund der Bundesstaatlichen Bakteriologisch-Serologischen Untersuchungsanstalt Linz über das Lembacher Trinkwasser		
Grabungsarbeiten in der Rudolfstraße - Umleitungen		

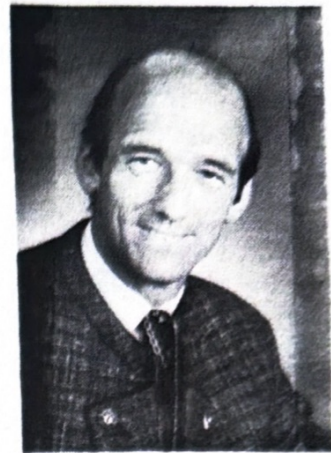
Impressum: Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖVP-Ortsgruppe Lembach		
Für den Inhalt verantwortlich: Johann Winkler, Buchetwies 11, 4132 Lembach i.M.		
Druck: Eigenvervielfältigung		
Ausgabe: September 1990		

**Wir wollen mehr
für Österreich!**

**Mehr Schutz für Luft,
Wasser und Wald:**



- Schaffung von 4 Nationalparks
- Halbierung des Müllberges
- Verzicht auf schädliche Kunststoffe und Treibgase
- Schutz der Trinkwasserreserven



Liebe Lembacherinnen!

Liebe Lembacher!

Schon 150 Tage Bürgermeisterarbeit könnten reichen, unsere Lembacher Nachrichten zu füllen. Vieles wurde an mich herangetragen, was auch Sie, geehrte Leser, interessieren könnte. In diesem, wie auch in späteren Berichten werde ich versuchen, neben den Gemeindeprojekten auch auf andere Probleme oder Vorschläge einzugehen, welche uns Gemeindebürgerinnen und -bürger betreffen. "

ERÖFFNUNG DER KLÄRANLAGE

Das über viele Jahre verteilte und rund 50 Millionen Schilling teure Kanal- und Kläranlagenprojekt ist zu 3/4 fertiggestellt, 90% der Haushalte werden schon über die neue Kläranlage entsorgt.

Am Sonntag, den 30. September werden am Nachmittag LH-Stv. Dr. Grüner und LR Dr. Pühringer die offizielle Eröffnung dieser Anlage vornehmen. Die gesamte Bevölkerung ist eingeladen, bei dieser Feier dabeizusein und sich über die Baugeschichte, Finanzierung und Funktionsweise dieser modernen Anlage zu informieren.

GEMEINDE ALS SELBSTSCHUTZ-ZENTRUM

Der Begriff "Zivilschutz" wurde in der Vergangenheit meist falsch verstanden und zuwenig beachtet. Nach zeitgemäßem Verständnis gilt:

ZIVILSCHUTZ = SELBSTSCHUTZ in allen bedrohlichen Lebenslagen.

Den Gemeinden kommt dabei eine immer wichtigere Arbeit und Verantwortung zu. Daher läuft seit 1986 die Aktion des Bundesministeriums für Inneres, die Gemeinden als Selbstschutz-Zentren einzurichten. Die Gemeinde Lembach ist nun an der Reihe.

In allen bedrohlichen Lebenslagen ist es Aufgabe der Gemeinde, die Bewohner zu schützen. Feuerwehr- und Rettungswesen fallen in das Aufgabengebiet der Gemeinde. Die Behinderten- und Altenbetreuung

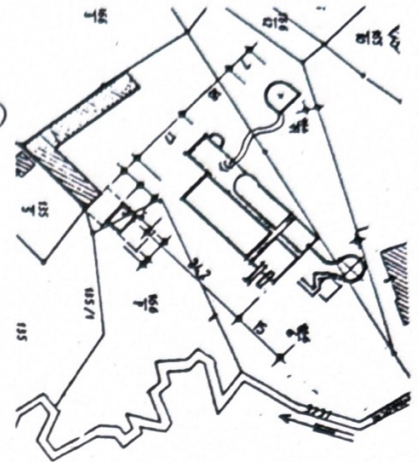


betreiben die Gemeinden über ihren Sozialhilfverband des Bezirkes. Aber nur durch Mithilfe jedes einzelnen und Zusammenarbeit aller Organisationen kann der Schutz der Bevölkerung gewährleistet werden. Im Sinne dieser Zusammenarbeit aller helfenden Organisationen und Vereine unserer Gemeinde finden in den nächsten Wochen 5 Veranstaltungen im Rahmen der Aktion "Gemeinde als Selbstschutz-Zentrum" statt. Die Einladungen dazu ergehen demnächst an alle Haushalte, und ich darf Sie ersuchen, sich daran rege zu beteiligen.



SANIERUNG DES FREIBADES

Dieses auf 8,8 Mill. Schilling geschätzte Projekt mit Schwimmerbecken (25 m), Sprungbecken (3m-Turm, Trampolin) Rutschenlandebecken, Kinderbecken und Babybecken samt neuer Wasseraufbereitung mit Solarenergie war schwerer in Gang zu bringen als erwartet. Wir sind eine jener 6 Gemeinden, welche in das Bädersanierungsprogramm des Landes O.Ö. für dieses Jahr aufgenommen wurden. Die im Frühjahr angekündigten Finanzmittel sind aber noch immer nicht zugeteilt. Die Badsanierungen der letzten Jahre in anderen Gemeinden sind den Kommunen und dem Land durchgehend teurer gekommen als geplant, daher die "Bremse". Auch die für Badsanierungen zuständige Abteilung des Landes prüfte unser Projekt den Sommer über eher schleppend. Ohne deren Zustimmung war aber die BH Rohrbach nicht bereit, eine Bauverhandlung anzuberaumen. Einen von den Projektanten vorgeschlagenen vorzeitigen Baubeginn haben wir von vornherein abgelehnt. Bauverhandlung und Ausschreibung erfolgen nun Ende September. Dann erst kann der Zeitrahmen für die Sanierungsarbeiten genauer abgeschätzt werden.



NEUBAU DES KINDERGARTENS

SÜDANSICHT



Der neue Kindergarten ist vom Planer des Altenheimes, Architekt Klingelmüller, geplant und bereits baubehördlich genehmigt. Leider sind wir aber noch nicht ins Kindergarten-Bauprogramm des Landes aufgenommen. Sobald dies geschehen ist und die Landesmittel bewilligt sind, kann mit dem Neubau

zwischen der Niederkappler und der Friedhofstraße begonnen werden. Das Grundstück wurde von den Pfarrpfünden an die Gemeinde übertragen, welche den Kindergarten errichtet. Geführt wird er dann weiterhin als Caritas-Kindergarten. Die Baukosten wurden auf 8,5 Mill. Schilling geschätzt.

GEMEINDEFINANZEN

In unserem Ort ist in den letzten zwei Jahrzehnten von der Gemeinde viel gebaut worden: Haupt- und Volksschule, Gemeindeamt mit Musikschule, Sportanlage, Wasser- ver- und -entsorgung, Ortsdurchfahrt mit Marktplatzgestaltung, Güterwege,... Die Notwendigkeit dieser Investitionen war und ist ebenso unbestritten wie die teilweise Finanzierung über Kredite. Wenn spätere Generationen für etwas bezahlen müssen, was ihnen selbst noch zugute kommt (z.B. Kläranlage), ist dies in überschaubarem Ausmaß vertretbar.

Die Verschuldung der Gemeinden ist im wesentlichen durch die Wasserentsorgung geprägt, viele Gemeinden haben dies noch vor sich.

Von den 17,7 Millionen Schilling den Gemeindehaushalt belastenden Schulden (1989) sind 90 % langfristige und niedrig verzinsten Darlehen für die Wasserentsorgung, zu deren Rückzahlung vor allem auch die Kanalgebühren herangezogen werden.

Die intensive Bautätigkeit seit Jahren war aber nur möglich, weil Lembach zu den Gemeinden mit einem überdurchschnittlichen eigenen Steueraufkommen zählt, wenn- gleich dies bei den Landesförderungen natürlich wiederum zu Abstrichen führt. Aber auch die Tatsache, daß Lembach als Gemeinde zu den kleinsten des Bezirkes gehört und daher ein kleines Wegenetz zu betreuen hat, kommt dem Ort zugute.

Den Aufschwung wählen! ÖVP

Die wesentlichen Steuereinnahmen der Gemeinde (1989):

A) Gemeindeabgaben

Grundsteuer A (Land- u. Forstw.)	33.245,-
Grundsteuer B (Grundstücke)	532.786,-
Gewerbsteuer n. Ertrag u. Kapital	862.338,-
Gewerbsteuer n. Lohnsumme	1.011.066,-
Getränke- u. Speiseeisabgabe	1.043.390,-
Fremdenverkehrsabgabe u. Ortstaxen	3.318,-
Lustbarkeitsabgabe	50.482,-
Hundeabgabe	2.640,-
Verwaltungsabgaben	49.970,-
Kommissionsgebühren	6.720,-
	3.595.955,-



Für die eigenen Steuereinnahmen der Gemeinde sind florierende Gewerbebetriebe von entscheidender Bedeutung, wenngleich z.B. die Gewerbsteuer je nach Wirtschaftskonjunktur kräftig schwankt. Auch wenn eine steuerliche Entlastung der Wirtschaft zu begrüßen ist, für die Gemeinden muß bei immer neu dazukommenden Aufgaben ein eventueller Einnahmefall anderweitig ausgeglichen werden.

B) Ertragsanteile nach dem Finanzausgleichsgesetz: S 4,856.578,-

Die Bundesabgaben werden zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

So erhalten die Gemeinden Österreichs z.B. von der

Einkommensteuer	24 %	der 31.000.000.000,-	Schilling (1989)
Lohnsteuer	16 %	88.000.000.000,-	
Umsatzsteuer	12 %	145.000.000.000,-	
Mineralölsteuer	3 %	19.000.000.000,-	
u.a.			

Die Gemeinden erhalten ihre Ertragsanteile nach einem abgestuften Bevölkerungsschlüssel nach Zahl der Einwohner, wobei Großgemeinden sowie die Wiener Randgemeinden eindeutig bevorzugt werden. Daß eine Stadt vielfältigere Leistungen zu erbringen hat als eine Landgemeinde ist unbestritten, daß aber für einen Wiener bzw. Linzer fast doppelt soviel Steuergeld zugeteilt wird als für einen Lembacher, ist untragbar. Von unzähligen Gemeinden - auch von Lembach - wurde 1989 beim Verfassungsgerichtshof eine Klage eingebracht, die eine Änderung herbeiführen soll.

Die Steuerreform der Koalitionsregierung hat ab 1989 natürlich Einbußen bei der Lohnsummensteuer um 16 Milliarden gebracht (- 15,4%), das Mehr im Lohnsackerl hat aber zu höheren Konsumausgaben geführt und damit zu höheren Einnahmen bei der Umsatzsteuer, an welcher aber die Gemeinden weniger Anteil haben.

Die Gemeinden können nur dann die immer größer werdenden Aufgaben bewältigen, wenn sie mit den nötigen Finanzmitteln ausgestattet werden und althergebrachte Aufgaben überdacht werden. Wenn in letzter Zeit SP-Landespolitiker beteuern, sie würden für eine finanzielle Besserstellung der Landgemeinden eintreten, so sei daran erinnert, daß der Finanzausgleich jahrzehntelang nur zwischen Bund und Ländern ausgehandelt wurde. Erst die VP-Regierungsbeteiligung hat erreicht, daß die Gemeinden Österreichs nun als dritter, gleichberechtigter Partner neben Bund und Ländern für die eigene Besserstellung sich einsetzen können. Daß die kleinsten und meist ärmsten Gemeinden schon finanziell besser gestellt wurden, ist LH Dr. Ratzenböck von der ÖVP zu verdanken, welcher durchgesetzt hat, daß die unterste Stufe im vorher erwähnten Bevölkerungsschlüssel aufgehoben wurde.

Ich hoffe, mit diesen Informationen Ihr Interesse gefunden zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Klumpfmüller
BÜRGERMEISTER

UNSER OBMANN
INFORMIERT

Liebe Lembacherinnen und Lembacher!

Am Sonntag, den 7. Oktober 1990 sind in unserem Land Nationalratswahlen.

Die Zusammensetzung der Volksvertretung wird neu bestimmt. Wir haben hiebei die Möglichkeit, je nach persönlicher Einstellung und Weltanschauung zwischen verschiedenen Parteien zu wählen.

Wenn wir die Politik ernst nehmen, und das sollten wir, weil sie schließlich Auswirkungen auf das Wohl eines jeden Staatsbürgers hat, dann werden wir uns natürlich auch mit Parteiprogrammen und den Politikern, die diese vertreten, auseinandersetzen, insbesondere in jenen Bereichen, die uns besonders am Herzen liegen.

Sicher schaut es in der Praxis so aus, daß die meisten unserer Mitbürger "ihre" Partei wählen.

Die Wahlen in den letzten zwanzig Jahren haben jedoch gezeigt, daß die Stammwähler der einzelnen Parteien immer weniger werden. Die Staatsbürger sind in punkto Wahlverhalten mobil geworden. Dies ist eine Herausforderung für die Parteien, denn sie müssen in größerem Ausmaß mit Leistungen aufwarten, wenn sie sich die Gunst der Wähler erhalten oder neu gewinnen wollen.

Sie überbieten sich daher natürlich in Wahlzeiten beim Werben um die Gunst des Wählers gegenseitig an Versprechungen gegenüber dem Wähler und an werbewirksamen Auftritten ihrer Politiker.

Es ist sicher verständlich, daß die Parteien und ihre Vertreter im Wettstreit um die Gunst des Wählers möglichst attraktiv erscheinen wollen.

Hievon läßt sich aber ein kritisch und sachlich denkender Staatsbürger jedoch ohnehin nicht beeinflussen.

Versprechungen sind gut, eine erfolgreiche Leistungsbilanz ist besser.

Ich bin der Meinung, daß wir gut daran tun, wenn wir uns die Arbeit der einzelnen Parteien in den letzten Gesetzgebungsperioden betrachten.

Hier stehen jene Parteien besonders im Vordergrund, die Regierungsverantwortung getragen hatten. Wir müssen Vergleiche anstellen, wie die einzelnen Parteien gearbeitet haben.

Das waren, wenn wir die letzten 20 Jahre betrachten, die SPÖ über mehrere Gesetzgebungsperioden, dann die SPÖ-FPÖ-Koalition und seit 1986 die SPÖ-DVP-Regierungskoalition.

Wir Österreicher hatten in den letzten 20 Jahren Gelegenheit, zwei unterschiedliche Wirtschaftsmodelle in der Praxis zu vergleichen:

- o Von 1970 bis Ende 1986 das Modell der SPÖ, die ihre Hoffnung auf den Staat setzt und
- o seit 1987 das Modell der Volkspartei, die der privaten Initiative den Vorzug gibt.

In den Auswirkungen sind beide Modelle höchst unterschiedlich:

- o Die SPÖ-Wirtschaftspolitik führte zu einem immer höheren Steuerdruck, zu riesigen Budgetdefiziten und schließlich auch zu einer hohen Arbeitslosigkeit;
- o Seit die DVP in die Regierung eingetreten ist, hat sich Grundlegendes geändert. Die Defizite sinken, die Arbeitslosigkeit geht zurück.

Dies sind Auswirkungen, die ein jeder Österreicher sieht und auch spürt.



v. l. n. r.: Günter Stummvoll (Staatssekretär im Finanzministerium), Franz Fischler (Landwirtschaftsminister), Erhard Busek (Wissenschaftsminister), Alois Mock (Außenminister), Josef Riegler (Vizekanzler), Marilies Flemming (Umweltministerin), Robert Lichal (Verteidigungsminister), Wolfgang Schüssel (Wirtschaftsminister)

Das Riegler-Team

Worin liegt nun das Geheimnis des Erfolges dieser von der ÖVP so nachhaltig beeinflussten Wirtschafts- und Sozialpolitik:

Mehr privat, weniger Staat

Die Privatisierungswelle ist angelaufen! Der Staatsanteil an unserer Wirtschaft wurde zurückgedrängt. Stattdessen wurde aus den Österreichern ein Volk von Aktionären und Eigentümern. Seit die ÖVP an der Regierung ist, hat sich die Zahl der Aktionäre verdreifacht. Österreich präsentiert sich wieder als ein modernes Land westlicher Prägung mit einer florierenden Marktwirtschaft.

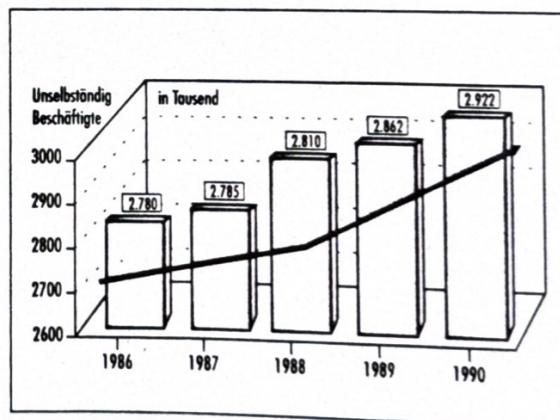
Die Steuerschraube wurde zurückgedreht

Seit der Steuerreform haben die Österreicher mehr Geld in der Tasche, denn seit 1.1.89 zahlen 90% aller Österreicher weniger Steuern. Außerdem lohnt es sich wieder für Betriebe Gewinne zu machen. Generell finden Klein- und Mittelbetriebe bessere Rahmenbedingungen vor. Die Mittelstandspolitik der ÖVP hat zu greifen begonnen. Für all diese mutigen Reformschritte hat Österreich internationalen Beifall geerntet. Und Österreichs Wirtschaft lebt auf wie nie zuvor.



1986–1990 Der Wirtschafts-Aufschwung

Wirtschaftswachstum bringt wachsenden Wohlstand für alle Österreicher. Es schafft neue Arbeitsplätze, sichert Pensionen und hilft unseren Familien. Die ÖVP hat dafür die erfolgreiche Grundlage erarbeitet. Mit wirtschaftspolitischen Initiativen, allen voran die große Steuerreform. Heute liegt das reale Wachstum weit über dem Wert von 1986. Und die Zahl der Arbeitsplätze und Betriebe erreicht immer neue Rekorde. Das ist eine gesunde Perspektive für die Zukunft unseres Landes.



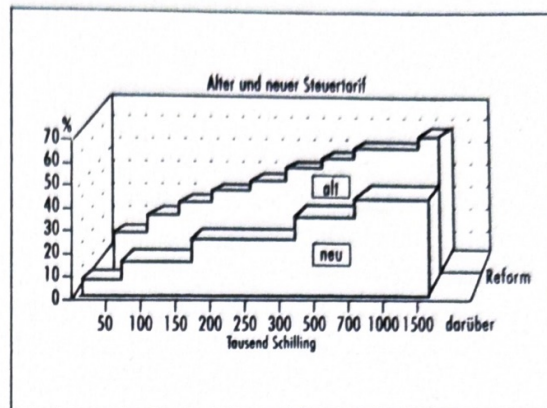
Seit 1986 hat die ertragsstarke Wirtschaft 142.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Wir haben den Aufschwung gebracht:

- 4,5% reales Wachstum in diesem Jahr
- 142.000 neue Arbeitsplätze
- 27.000 neue Betriebe
- 252 Mrd. Schilling mehr Nettoeinkommen
- 2,5 Mrd. Schilling mehr für Familien in diesem Jahr

Entlastung

Der Umschwung für die Steuerzahler brachte den Aufschwung für unser Land. Denn unsere große Steuerreform hat sich für ganz Österreich ausgezahlt. Dem Steuerzahler bleibt mehr übrig. Und mit unserer Wirtschaft geht es wieder bergauf. Mehr Geld bei den Konsumenten und Steuerentlastungen für Betriebe sind der Motor für weiteres Wachstum. Und das kommt allen zugute. Die Sozialisten würden unsere Erfolge gern auf ihre Fahnen schreiben. Aber nur mit der ÖVP wird der Aufschwung sicher weitergehen. Wir wollen mehr für Österreich, und wir leisten mehr: Seit 4 Jahren mit ganzem Einsatz für unser Land.



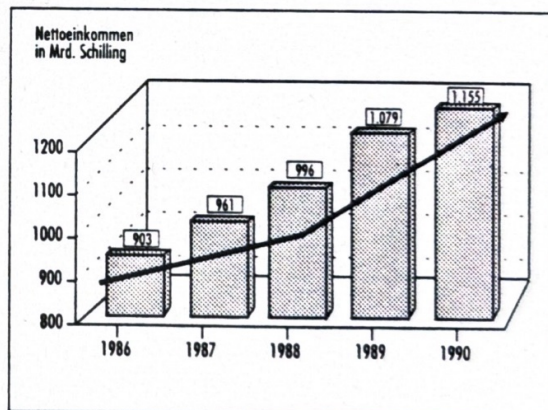
Durch die große Steuerreform bleiben jedes Jahr 20 Milliarden Schilling mehr in den Taschen der Österreicher; das sind rund 5.000 Schilling für jeden Steuerzahler.

Wir haben den Aufschwung gebracht:

- 90% zahlen weniger Steuern: im Durchschnitt 5.000 Schilling für jeden
- 200.000 Pensionisten zahlen keine Steuern mehr
- Senkung der Gewerbe- und Körperschaftssteuer

Einkommen

Bürokratie und Dirigismus führen zur Schuldenwirtschaft. Das hat die SPÖ-Staatsindustrie bewiesen. Seit 1980 gingen unter den Sozialisten in der Verstaatlichten 37.000 Arbeitsplätze verloren – trotz immenser Subventionen aus Steuergeldern. Wir von der ÖVP wissen, daß nur private Initiative und Vertrauen in die Zukunft eine starke Wirtschaft sichern. Wir haben die Privatisierung in der Staatsindustrie durchgesetzt. Und damit unserem Land neue Arbeitsplätze und neue Unternehmen gebracht. Und Impulse für den Aufschwung, die jeder am eigenen Geldbeutel spürt. Die ÖVP ergreift die Initiative – damit die Zukunft für uns alle zum Gewinn wird.



Im Zeichen einer starken Wirtschaft sind auch die Einkommen der Österreicher stark gestiegen.

Wir haben den Aufschwung gebracht:

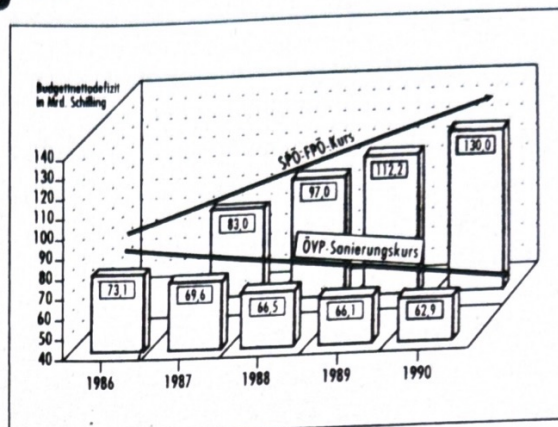
- 40 Mrd. Schilling durch Privatisierung von Staatsbetrieben
- 142.000 neue Arbeitsplätze
- 27.000 neue Unternehmen
- 200.000 Aktienbesitzer mehr
- 252 Mrd. Schilling mehr Nettoeinkommen

**Wir wollen mehr
für Österreich!**

ÖVP
Mehr Zukunft, weniger Sozialismus

Budget

Mehr Geld für Familien, höhere Pensionen – die ÖVP hat diese Reformen finanzierbar gemacht. Mit einem gesunden Staatshaushalt. Die SPÖ hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist, die Verantwortung für die Gelder der Steuerzahler zu tragen. Die ÖVP konnte – bei gleichzeitiger Steuersenkung (!) – das explodierende Budget-Defizit wesentlich reduzieren. Das sind Erfolge, die nicht gefährdet werden dürfen. Nur die ÖVP hat die wirtschaftlichen Konzepte und die Köpfe, die unserem Land auch in Zukunft den Aufschwung sichern.



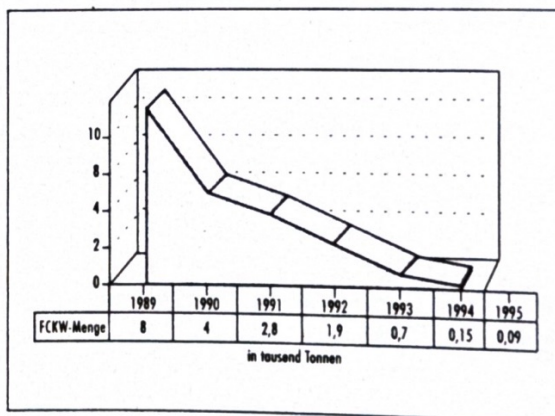
Das Budget-Defizit wird 1990 bereits zum 4. Mal gesenkt; das erspart den Österreichern alleine heuer 67 Mrd. Das sind rund 18.000 Schilling je Steuerzahler.

Wir haben den Aufschwung gebracht:

- 2,1 Mrd. Schilling mehr für Pensionisten in diesem Jahr
- 5% Pensionserhöhung für 1991
- Erhöhung der Mindestpension auf 7.000 S für Alleinstehende und 10.000 für Verheiratete bis 1993
- 2,5 Mrd. Schilling mehr für Familien
- Senkung des Budget-Defizits von 5,2% auf 3,5% des Bruttoinlandsprodukts

Umwelt

Die ÖVP hat gezeigt, wie man aus Visionen handfesten, effektiven Umweltschutz macht. Die ÖVP-Bilanz für Österreich kann sich sehen lassen: Wegweisende Umweltschutzgesetze wurden verwirklicht, darunter das modernste und strengste Wasserschutzgesetz Europas. Vorgezogene Kat-Pflicht und wirksame Luftreinhalte-Gesetze haben die Schadstoffbelastung unserer Luft wesentlich reduziert. Zur ÖVP und ihrer Ökosozialen Marktwirtschaft gibt es keine Alternativen. Mit Ihrer Stimme für die ÖVP sichern Sie eine Zukunft, die auch für unsere Kinder lebenswert bleibt.



Die neuen Umweltschutzgesetze zeigen Wirkung: Der FCKW-Ausstoß wird bis 1995 um 98% reduziert.

Wir haben den Aufschwung gebracht:

- 10 mal mehr Katalysator-Fahrzeuge
- Halbierung der FCKW-Emission innerhalb eines Jahres
- Reduzierung der Schwefeldioxid-Belastung um 35%
- Verwirklichung des strengsten Wasserschutzgesetzes Europas

Wir wollen mehr für Österreich!

ÖVP
Mehr Zukunft, weniger Sozialismus

Mehr Hilfe für Familien und Pensionisten

Der erfolgreiche Wirtschaftskurs hat es ermöglicht, ein umfassendes Familienpaket zu schnüren, dessen Kernpunkt die Verlängerung des Karenzurlaubs auf zwei Jahre ist. Zusätzlich war eine allgemeine Erhöhung der Familienbeihilfe möglich, ebenso erstmals eine gezielte Hilfe für einkommensschwache Familien. Da nach unseren Vorstellungen alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen am Wirtschaftswachstum Anteil haben sollen, wurden die Pensionen kräftig angehoben. Heuer um vier Prozent, statt der ursprünglich geplanten zwei Prozent, im nächsten Jahr sogar um fünf Prozent. Überdies konnte bereits das erste Etappenziel meiner Forderung nach einer Mindestpension von 7.000 Schilling für Alleinstehende und 10.000 Schilling für Verheiratete bis 1993 erreicht werden. Ab 1.1.1991 erhalten Mindestpensionisten 6.000 Schilling bzw. verheiratete 8.600 Schilling.

Österreich auf Europakurs gebracht

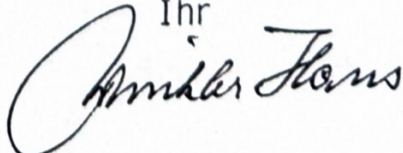
Am 17. Juli 1989 wurde vom österreichischen Außenminister Dr. Alois Mock in Brüssel der Antrag auf EG-Mitgliedschaft gestellt. Eine Sternstunde für Österreich und Europa. Seitdem kommt es zu einem ständigen Meinungsaustausch zwischen Österreich und der EG. Es gibt halbjährliche Konsultationen mit dem jeweiligen Präsidialland der Europäischen Gemeinschaft. Dies kann als Vorgriff auf die echte Mitgliedschaft Österreichs angesehen werden. Außerdem konnte eine Gesprächsbasis bezüglich des freien Personenverkehrs im künftigen Binnenmarkt gefunden werden. Gleichzeitig haben wir die Veränderungen in Osteuropa von der ersten Stunde an unterstützt: Wir haben Hilfe beim Aufbau demokratischer Strukturen, Hilfe beim Umbau zur Marktwirtschaft und Hilfe bei der Sanierung der Umwelt geleistet.

Harte Arbeit und mehr Leistung bringen Erfolg. Diese These hat sich wieder einmal bestätigt. Denn nach 4 harten Arbeitsjahren in der Regierung kann die ÖVP heute voll Stolz ihre Erfolge präsentieren. Es geht wieder aufwärts, die Wirtschaft floriert, und es herrscht eine positive Stimmung in Österreich. Die Menschen wurden selbstbewußter und vertrauen auf Leistung und Eigeninitiative.

Diese Leistungen und Erfolge sind vor allem aber auch das Ergebnis und die Frucht von Fleiß und Tüchtigkeit unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Damit dieser erfolgreiche Weg auch weiter fortgesetzt werden kann, bittet die Österreichische Volkspartei Sie, liebe Lembacherinnen und Lembacher ihr das Vertrauen zu schenken und bei der Nationalratswahl am 7. Oktober 1990

Liste 2, ÖVP
zu wählen!

Ihr
 Franz Mikler



Anläßlich des Besuches unseres Bundesparteiobmannes, Vizekanzler Dipl.Ing. Josef Riegler in Rohrbach am 25. August 1990 hat er uns einiges über seine Herkunft, seinen Lebenslauf und seinen Werdegang als Politiker sowie über seine politischen Motive und Ziele erzählt.

Lassen wir Josef Riegler selbst seine Lebensgeschichte erzählen.

Liebe Mitbürger!

"Wenn sich ein Politiker der Wahl stellt, dann sollten seine Mitbürger auch einiges über ihn wissen.

Gestatten Sie mir, daß ich mich Ihnen vorstelle und einiges über meinen bisherigen Lebensweg erzähle!

Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen. Es war die Zeit des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsjahre. Objektiv betrachtet sicher eine schwere Zeit. Für mich als Kind war es eine Zeit voller tief prägender Erlebnisse.

Die Natur war mein Spielzeugschrank - der Wald, der Bach, die Wiese, die Tiere -

Ich habe als Kind sehr früh die Natur nicht nur spielend, sondern auch in der Arbeit kennengelernt. Auf einem Hof lernt jeder nicht nur die Leistungsfähigkeit und den Behauptungswillen einzelner und der Gemeinschaft, sondern auch die Vielfalt menschlichen Leids kennen. In der kleinen Schicksalsgemeinschaft der Großfamilie und Nachbarschaft kann nichts versteckt werden. Und man wird - das ist kein Verdienst, sondern Notwendigkeit - von klein auf zur Rücksichtnahme und Solidarität erzogen. Man bekommt einen Blick für soziale Nöte von Familien, für das menschliche Elend von Kranken und die Hilfe, die z.B. Ältere brauchen.

Zum Bild meiner Kindheit gehört auch der Krieg. Die Ängste, die er auslöste und das Leid, das ihm folgte habe ich nie ganz vergessen können. Ich besuchte seit zwei Monaten die erste Volksschulklasse, als die furchtbare Nachricht meine Familie wie ein Keulenschlag traf: Der Vater ist tot, gefallen. Wir mußten fest zusammenhalten, meine Mutter, meine Großmutter, meine beiden Schwestern und die wenigen Helfer, um den Hof zu halten. Daher habe ich von Kindheit an die Sorgen der "kleinen Leute" hautnah erlebt. Das ist wohl die Wurzel für mein ausgeprägtes soziales Engagement in der Politik. Politik ist für mich eine Chance, Menschen helfen zu können. Hilfe in den ganz individuellen persönlichen Anliegen, aber ebenso Hilfe für jene Bevölkerungsgruppen, die es besonders schwer haben. Die kleinen Bauern, die Arbeiter, die kleinen Angestellten und Gewerbetreibenden, die kinderreichen Familien und Pensionisten.

Einige Menschen haben mich in meiner Kindheit besonders geprägt. Ich hatte nur wenige Begegnungen mit meinem Vater - ich war drei

Jahre alt, als er einrücken mußte. Als ich fünf Jahre alt war, kam er zweimal kurz auf Urlaub. Meine Mutter war eine sehr gütige Frau. Die große Persönlichkeit meiner Kindheit war mein Großmutter. Sie war eine in jeder Hinsicht weise Frau. Die Weisheit ihrer Lebenserfahrung und ihre tiefe Gläubigkeit haben mich ganz nachhaltig geprägt. Meine ältere Schwester und einer meiner Volksschullehrer, eine Lehrerpersönlichkeit und ein Cousin haben meinen Lebensweg vom Bergbauernkind bis zum Universitätsstudenten weichenstellend beeinflusst. Als Student hatte ich das besondere Glück, dem Studentenseelsorger Dr. Karl Strobl zu begegnen, der es von seiner Persönlichkeit her verstand, uns Studenten geistig, gesellschaftlich und politisch herauszufordern, uns Verantwortung aufzuerlegen.

In der Österreichischen Hochschülerschaft bin ich mit der politischen Arbeit in Berührung gekommen - dort hat sich meine Begeisterung für die Politik zu entfalten begonnen. In dieser Zeit hatte ich das Glück, große Männer der Zweiten Republik in persönlichen Begegnungen kennenzulernen:

Leopold Figl und Julius Raab, Eduard Hartmann, Heinrich Drimmel, Alfons Gorbach, Josef Klaus. Ihr Gestaltungswille und ihre Bereitschaft, in Problemen eine Herausforderung für ihre - überzeugend bewiesene - politische Tatkraft zu sehen, haben mich beeindruckt und geprägt.

Gleich nach Beendigung meines Studiums arbeitete ich "nebenbei" in der Katholischen Jugend und Katholischen Aktion als Jugendführer und Generalsekretär. Dann wurde ich vom damaligen Direktor des Steirischen Bauernbundes und heutigen Landeshauptmann Dr. Josef Krainer eingeladen, als agrarpolitischer Referent mitzuarbeiten. Das war 1970/71. Seither hat



Vizekanzler Josef Riegler und Boris Jelzin, Reformpolitiker aus der UdSSR, bei einem Treffen in Moskau



Gute Nachbarn und Freunde: Vizekanzler Josef Riegler und Bundeskanzler Helmut Kohl

mich die Politik nicht mehr losgelassen. 1976 habe ich als neu bestellter Agrarsprecher der ÖVP der industrialisierten, technokratischen Konzeption der EG erstmals die Vision einer ökologischen Landwirtschaft gegenübergestellt. Meine Arbeit als erster Umweltlandesrat einer Landesregierung ließ mich die Dramatik des harten Gegensatzes zwischen Industrie und Umweltschutz hautnah erleben. Nach harten Bandagen haben wir begonnen, miteinander zu arbeiten - Mursanierung

umweltfreundliche kalorische Kraftwerke und Papierfabriken waren das positive Resultat. Ich habe die ökosoziale Marktwirtschaft nicht von der Theorie, sondern von der Praxis her entwickelt.

Vieles geht so nicht mehr, wie es jahrzehntelang ging: Wir müssen auf unsere Natur und die Umwelt ebenso achten, wie wir das soziale Netz feinschichtiger und menschlicher und die Arbeitsplätze gesünder gestalten müssen.

Dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist die Grundlage für Sicherheit und Wohlstand. Nichts hat uns das dramatischer vor Augen geführt, als der Zusammenbruch des "realen Sozialismus" in den osteuropäischen Staaten. Hemmungsloses Wachstum ist ebenso verkehrt, wie das "zurück auf die Bäume", wie es extreme Alternative propagieren.

Meine inzwischen erwachsenen Kinder und meine Frau sind für mich mein zweites "ökologisches Gewissen". Durch meine Familie habe ich auch viele Kontakte außerhalb des üblichen politischen Lebens.



Zeichen setzen für umweltbewußte Aktionen!

Liebe Mitbürger! Es ist an der Zeit. Unser schönes Österreich braucht eines "Neues Denken".

Der Beginn eines neuen Jahrzehnts soll uns Zeichen zu einem neuen Aufbruch, zu einer Konzentration unserer Anstrengungen sein, die offenen Probleme in Angriff zu nehmen.

Wir müssen das Ziel im Auge behalten: Die Rettung unserer Umwelt. Dieses Ziel können wir nur erreichen, wenn unsere Wirtschaft weiter sinnvoll und immer umweltgerechter wächst, denn nur so können wir unseren Wohlstand erhalten und die nötigen Mittel für den Umweltschutz aufbringen.

Es grüßt Sie herzlichst Ihr


Josef Riegler



MEIN STANDPUNKT



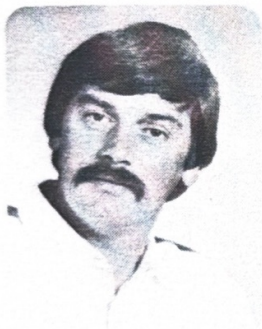
Hildegard
Ecker HS-
Lehrer

Die fruchtbringende Regierungsarbeit der ÖVP in der Familienpolitik macht sich bereits in verschiedenen Bereichen stark bemerkbar; z.B. wahlweise Karenzurlaub für Vater und Mutter, sowie Karenzgeld für selbständig erwerbstätige Frauen und für Bäuerinnen.

Erhöhung der Familienbeihilfen sowie zusätzliche steuerliche Vorteile für einkommensschwache Familien.

Weitere wichtige Vorhaben der ÖVP für die nächste Regierungsperiode sind Anerkennung der Kindererziehung bei der Pensionsberechnung, Erziehungsgeld für Mütter und Erhöhung der Familienbeihilfen bzw. Staffelung nach der Kinderzahl, denn nur so kann die Geburtenrate angehoben werden.

Diese Vorhaben kann ich nur begrüßen.



Rudolf Höfler
Gemeindebed.

Ein besonderes Verdienst der ÖVP Regierungsbeteiligung war die Lohnsteuerreform zum 1.1.1989. Diese Reform brachte für 90 % aller Österreicher eine Lohnsteuersparnis besonders auch bei geringerem Familieneinkommen sowie für kinderreiche Familien. Die jährlichen Einkommensgrenzen des Ehepaares für die Gewährung des Alleinverdienerabsetzbetrages wurde von S 10.000,-- auf S 40.000,-- angehoben.

Einige Ziele der ÖVP für die kommende Regierungsarbeit sind:

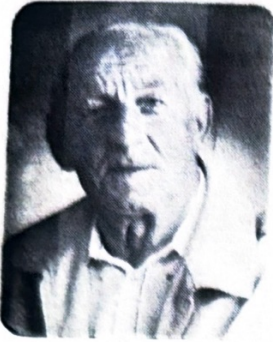
- o Schaffung eines Mindesteinkommens von S 10.000,-- für jeden österreichischen Staatsbürger
- o steuerliche Vorteile für Alleinverdiener u. Alleinerhalter schaffen (eine 2. Etappe der Steuerreform ist für 1992 geplant!)
- o Privatisierung weiterer verstaatlichter Betriebe sowie Senkung der Arbeitslosenrate durch Schaffung und Förderung neuer Arbeitsplätze.

Unterstützen wir am 7. Oktober die ÖVP, damit diese Ziele auch verwirklicht werden können.

**Wir wollen mehr
für Österreich!**



Mehr Zukunft, weniger Sozialismus



Karl
Keplinger

Den 1. Schritt der Pensionsreform verdanken wir unserem Vizekanzler Dipl.Ing. Josef Riegler, denn mit 1.1.1991 steigen die monatlichen Mindestpensionen für Alleinstehende auf S 6.000,-- und für Ehepaare auf S 8.600,--

Der nächste Schritt in dieser Richtung ist bei der ÖVP:

- o die Mindestpensionen für Alleinstehende auf S 7.000,-- und für Ehepaare auf S 10.000,-- anheben.
- o Abschaffung der Ruhensbestimmungen oder anders ausgedrückt - Arbeiten im Ruhestand sollte nicht auch noch steuerlich bestraft werden.
- o Abänderung von Hilflöszuschuß und Pflegegeld auf ein System, bei dem die Pflegebedürftigkeit im Vordergrund steht.

Ich bin davon überzeugt, daß diese Ziele der ÖVP für uns Pensionisten auch wirklich zufriedenstellend sind.

Senioren halten sich fit

Die im Herbst 1989 neu begonnene Seniorengymnastik mit Tanz erfreut sich regen Interesses.

Jeden Mittwoch Nachmittag kamen vor der Sommerpause an die 40 Teilnehmer. Am 16. Mai 1990 fuhren 25 Lembacher auch zum großen Landestreffen im Ursulinenhof in Linz, wovon alle Teilnehmer begeistert waren.

Am Mittwoch, den 23. Mai 1990 fand nun vor der Sommerpause ein Abschlußkränzchen statt, bei dem noch Bezirksstanzleiter Peregrin Neidhardt die in Linz vorgestellte neue "Linzer Polka" einstudierte.

Peregrin Neidhardt aus St. Oswald b. Haslach hat sich der Seniorentanzgruppe Lembach besonders angenommen, wofür ihm ein herzliches "Dankeschön" ausgesprochen wird.

Dank aber auch an Hubert Kaufmann und Alois Dworschak, die sich in Tanzkursen weiterbilden, um der Gruppe dann später ihr Wissen und Können weitergeben zu können.

Im Herbst geht es dann mit jugendlichem Elan wieder los.

Die Redaktion der Lembacher Nachrichten wünscht den tanzfreudigen Senioren viel Freude bei ihren Tanzabenden.

AUS DER SICHT DER**JUGEND**

Warum ich am 07.10.1990 ÖVP wähle?

Ich glaube, daß es in der heutigen Zeit -speziell für Jugendliche- sehr schwierig ist, die richtige Wahl für die richtige Partei zu treffen. Politische Skandale waren in den letzten Jahren keine Seltenheit.

Trotzdem dürfen wir Politik nicht ignorieren, sondern müssen uns Gedanken machen, wie die Politik der Zukunft sein soll.

Scheuen wir also am 07.10.1990 nicht den Weg zur Wahlurne und nützen wir mit unserer Stimme die Möglichkeit zur Mitgestaltung an der Politik. Es ist Ziel der ÖVP durch Ihre Politik bei der Jugend wieder Vertrauen zu gewinnen.

Meine Entscheidung für die nächsten Jahre ist daher klar:

Die ÖVP will mit der ökosozialen Marktwirtschaft Arbeitsplätze sichern, das soziale Netz enger knüpfen und die Umweltvorsorge garantieren. Unterstützen wir gemeinsam die von Vizekanzler Riegler initiierte " ökosoziale Waage ", bringen auch wir mit, wenn auch kleinen, so doch wirksamen Beiträgen die Ökologie und Ökonomie in unserer Gemeinde in ein Gleichgewicht.

Setzen wir die Forderungen der Politiker in Taten um, damit wir sagen können, es hat sich gelohnt, die sinnvolle Umweltpolitik unserer ÖVP zu unterstützen.

Nicht wählen heißt den Aufschwung ignorieren!

Stadler Harald
(Jugendgemeinderat
d. ÖVP)

KARL ENSBRUNNER

Tischlerei, Möbel, Kunststoffböden

4132 LEMBACH, HAMMER 6

Tel. 0 72 86 / 359

Planung — Beratung — Ausführung

Wußten Sie, daß

- 2 von S 100,-, die in Österreich für Lebensmittel ausgegeben werden nur mehr S 33,- beim Bauern landen?
- 2 eine 100-jährige Buche den Jahressauerstoffbedarf für 10 Menschen liefert?
- 2 in Oberösterreich 85 % der Landesfläche land- und forstwirtschaftlich genutzt werden?
- 2 für Bautätigkeit, Verkehr und Industrie in Österreich täglich etwa 35 Hektar verbaut werden?
- 2 40 % der Kanäle undicht sind?



DER BAUERNBUNDOBDMANN HAT DAS WORT:

*Liebe Gemeindebürger!
Liebe Bäuerinnen und Bauern!*

Im Jahre 1970 erhielt der Bauer für 1 kg Weizen S 2,41 und Brot kostete im gleichen Jahr S 6,10. Brot war damals um das 2,5fache teurer als das Ausgangsprodukt Getreide. Heute erhält der Bauer für 1 kg Weizen S 3,64, Brot kostet seit 1. August S 21,-, also fast um das 6fache mehr als Getreide. Um eine Mechanikerstunde bezahlen zu können, mußte ein Bauer 1970 20 kg Getreide verkaufen, heute kostet ihn eine Mechanikerstunde den Gegenwert von 149 kg Getreide.

Was für Arbeiter und Angestellte bei Lohnerhöhungen selbstverständlich ist und den Verarbeitungsbetrieben und dem Handel über Preiserhöhungen zugestanden wird, das darf auch uns Bauern auf die Dauer nicht vorenthalten werden! Landwirtschaft bedeutet weitaus mehr als nur Produktion. Österreich ist vor allem wegen der Schönheit seiner Landschaft und Natur ein beliebtes Urlaubsland, und die Landwirtschaft ist an der Erhaltung und Pflege unserer Naturlandschaft maßgeblich beteiligt.

Auch wir Bauern wollen an der allgemeinen Wohlstandsentwicklung teilhaben können und fordern daher gerechten Lohn für unsere Arbeit.

Unser Land braucht seine Bauern! Denken wir manchmal daran!

Kafer Franz
Bauernbündobmann

Ökosoziale Agrarpolitik

Das Konzept der ökosozialen Agrarpolitik umfaßt 3 Zielrichtungen:

1. DIE WIRTSCHAFTLICHE (ÖKONOMISCHE) LEISTUNGSFÄHIGKEIT:

Weiterentwicklung einer leistungsfähigen land- und forstwirtschaftlichen Produktion und ihrer qualitativ hochstehenden Verarbeitung. Gezielter Abbau von Produktionsüberschüssen durch mehr Alternativen in Ackerbau, Viehwirtschaft und Vermarktung. Selbstentfaltung und Ideenreichtum müssen gefördert werden.

2. DIE ÖKOLOGISCHE ORIENTIERUNG:

Schutz des Waldes, des Bodens und des Wassers vor den Umweltbelastungen. Der Alternativenanbau lockert die Fruchtfolge auf, der Handelsdüngerverbrauch nimmt ab, heimisches Fett und Eiweiß ersetzen Importe. Landeskulturelle Leistungen, wie Erhaltung der Besiedlungsdichte und Landschaftspflege, müssen ihrem Wert entsprechend abgegolten werden.

3. DIE SOZIALE AUSGEWOGENHEIT:

direkte Hilfe und Förderung für benachteiligte Betriebe und Regionen sollen die kleineren bäuerlichen Betriebe vor dem Verdrängungswettkampf schützen. So müssen beispielsweise die Einheitswerte an der tatsächlichen Ertragslage der landwirtschaftlichen Betriebe und keinesfalls an ihrem Verkehrswert orientiert werden.

Nach Einführung der Idee des "ÖKOLOGISCHEN WEGES" im Jahre 1986 hat Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Dr. Franz Fischler den von Dipl.-Ing. Josef Riegler vorgezeichneten Weg konsequent weiter geführt. In der Zwischenzeit haben sich bereits eine Reihe spürbarer Verbesserungen eingestellt.

Unser ökosozialer Weg eröffnet der bäuerlichen Jugend eine Zukunft, in der sie mit Freude Bauer werden und Bauer bleiben kann. Dieser Weg ist nur mit einer starken, geschlossenen Bauernschaft und einer massiven Vertretung bäuerlicher Anliegen in der Bundesregierung und im Nationalrat realisierbar. Die ÖVP in der Regierung ist die einzige Alternative, die dafür sorgt, daß die Bauern Zukunft haben.

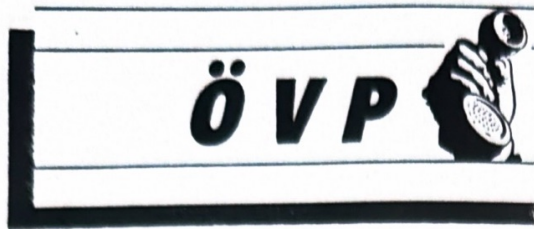
JEDE STIMME FÜR DIE SPÖ IST EINE STIMME GEGEN DIE BAUERN!

JEDE STIMME FÜR DIE FPÖ IST EINE VERLORENE STIMME!

JEDE STIMME FÜR DIE ÖVP STÄRKT DIE BAUERN!

♥ AM 7. OKTOBER ÖVP! ♥

Ein starker Anwalt der bäuerlichen Familie  OÖ. BAUERN- UND NEBENERWERBSBAUERNBUND



Die Berechnung der Wohnbeihilfe

Seit dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 gibt es in Österreich die Wohnbeihilfe. Diese soll einen Ausgleich schaffen zwischen den Wohnungskosten (Miete oder Darlehensrückzahlungen), die eine Familie hat und dem zur Verfügung stehenden Einkommen. Seit einigen Jahren ist die Wohnbauförderung und damit auch die Festlegung der Berechnungskriterien für die Wohnbeihilfe Sache der Bundesländer. In Oberösterreich wurde nun die Wohnbeihilfeberechnung neu festgelegt. Der etwas komplizierte Berechnungsmodus soll hier wie folgt erklärt werden:

Gleichgeblieben ist, daß für eine Person eine Wohnfläche von 50 m² und für jede weitere im Haushalt lebende Person zusätzlich 20 m² anerkannt werden. Sollte jemand eine größere Wohnung bewohnen, so werden nur die aliquoten Rückzahlungs- oder Mietkosten berücksichtigt.

Da nach den neuen Richtlinien für den Wohnungsneubau das Darlehen der O.Ö. Landesbank 5 Jahre zinsen- und tilgungsfrei ist, beginnt auch erst 5 Jahre nach dessen Erhalt der Bezug der Wohnbeihilfe. Dies ist oft eine Härte, da die Rückzahlungen bei Bauspar- oder Bankdarlehen sofort einsetzen und aus dem laufenden Einkommen getragen werden müssen (bei der Wohnhaussanierung gibt es eine solche Härte nicht).

Es empfiehlt sich daher für die Hausbauer, möglichst rechtzeitig um die Wohnbauförderung anzusuchen, um für den Rohbau das eigene gesparte Geld und das Landesdarlehen verwenden zu können. Die voll verzinslichen Darlehen sollten erst zuletzt aufgenommen werden.

Pro Quadratmeter förderbare Wohnfläche werden maximal S 32,-- Rückzahlungsk. anerkannt.

Nun zur Berechnung des Einkommens

Beim Arbeitnehmer wird das Bruttogehalt genommen und um Sozialversicherung und Lohnsteuer gekürzt. Beim Selbständigen wird das Einkommen um die Einkommensteuer verkürzt. Beim Landwirt werden 55 % des Einheitswertes als Jahreseinkommen angesetzt und auf ein Monatseinkommen umgerechnet.

Dann wird nach einem Schlüssel das gewichtete Haushaltseinkommen ermittelt. Dies ist das Einkommen, welches die Familie zum Leben braucht. Wenn das tatsächliche Einkommen höher ist, ist ein Wohnungsaufwand zumutbar, ansonsten wird der ermittelte Wohnungsaufwand als Wohnbeihilfe bezahlt.

Die Berechnung erfolgt so:

Sockelbetrag S 6.300,--

			Gewichtungsfaktor:	
Bei einem Einpersonenhaushalt	S 6.300,--	x	1,35	= S 8.505,--
Bei einem Ehepaar	S 6.300,--	x	1,8	= S 11.340,--
Ehepaar mit 1 Kind	S 6.300,--	x	2,3	= S 14.490,--
usw.				

Für jedes weitere Kind wird der Gewichtungsfaktor um 0,5 erhöht, bei studierenden Kindern um 0,8. Sollte ein Kind behindert sein, wird zusätzlich um 0,5 erhöht.

Nun ein Beispiel:

Familie mit 2 Kindern:

Haus mit 120 m² Wohnnutzfläche

Rückzahlungen für Förderungsdarlehen und Bauspar-
oder Bankdarlehen monatlich S 5.000,--
davon anerkannt 110 m² x S 32,-- S 3.520,--

tatsächliches Einkommen der Familie S 18.200,--

gewichtetes Haushaltseinkommen S 17.640,--
S 6.300,-- x 2,8 (es studiert noch kein Kind)

Differenz S 560,--

Der Betrag von S 560,-- ist zumutbar.

Die Wohnbeihilfe beträgt daher:

anerkannte Wohnungskosten S 3.520,--
- zumutbarer Betrag S 560,--

Wohnbeihilfe monatlich S 2.960,--

Bei der Aufnahme eines Hauskaufdarlehens oder eines Fertigstellungsdarlehens beim O.Ö. Landes Wohnungs- u. Siedlungsfonds wird die Wohnbeihilfe nach den gleichen Kriterien berechnet. Es gibt jedoch eine Obergrenze für die Wohnbeihilfe von monatlich S 2.000,--. Die Grenze, daß der Familienerhalter das 35. Lebensjahr nicht überschritten haben darf, gibt es nicht mehr.

Lohn- und Einkommensteuertips

Die Kanalanschlußgebühr, die bisher lediglich beim Neubau eines Wohnhauses abschreibbar war, kann nun auch bei bestehenden Wohnhäusern abgeschrieben werden.

Wir weisen darauf hin, daß der Wählerservicereferent der ÖVP Josef Wakolbinger gerne bereit ist, in allen Förderungs- und Lohnsteuerangelegenheiten beratend zur Seite zu stehen und die Antragstellung zu übernehmen.

BUNDESLÄNDER-VERSICHERUNG ERNST KRAML



Kundenbüro Rohrbach, Pfarrgasse 10

Tel. 07289/325

Privat: 4132 Lembach, AuBerhötzendorf 1

Tel. 07286/379

BERATUNG IN ALLEN VERSICHERUNGSANGELEGENHEITEN



Ohne Frauen ist kein Staat zu machen.

Die ÖVP hat die Grundlage dafür geschaffen, daß Österreichs Frauen sich freier entscheiden können. Für den Beruf, für die Familie - oder für beides. Das ÖVP-Familienpaket ist ein Meilenstein in der Frauen- und Familienpolitik. Es unterstützt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Frauen durch finanzielle Hilfen und gesetzlichen Schutz. Das sind erste Erfolge - aber die ÖVP will mehr, und sie leistet mehr. Mehr für Frauen. Mehr für uns alle.

- 10.000,- Mindesteinkommen, denn 280.000 erwerbstätige Frauen verdienen heute noch weniger!
- Karenzersatzgeld für Hausfrauen und Studentinnen.
- Mehr Arbeitszeit-Freiheit durch flexible Arbeitszeiten und qualifizierte Teilzeitangebote.
- Förderung von Tagesmüttern sowie deren sozialrechtliche Absicherung.
- Steuerfreies Existenzminimum für alle Familienmitglieder.
- Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit von Mann und Frau und ein gesundes Arbeitsumfeld - auch durch mehr Mitgestalten und mehr Mitsprache am Arbeitsplatz.
- Frauenfreundliches Pensionssystem: Für jedes Kind müssen mindestens drei Jahre Pensionszeit angerechnet werden!

**Wir wollen mehr
für Österreich!**

ÖVP
Mehr Zukunft, weniger Sozialismus

Bericht der Rot-Kreuz Ortsstelle Lembach

Seit 4. Mai 1990 ist die RK-Stelle Lembach Tag und Nacht von zwei Sanitätshelfern besetzt. Aufgrund der ständigen Einsatzbereitschaft war es möglich, mehr Krankentransporte zu übernehmen. So konnte von der RK-Stelle Lembach im Zeitraum Mai bis September 1990 bei 281 Ausfahrten 315 Menschen geholfen werden. Von den ehrenamtlichen Mitarbeitern wurden in diesem Zeitraum 5124 freiwillige Arbeitsstunden geleistet.

Die Praxis hat aber gezeigt, daß trotz dieser ständigen Einsatzbereitschaft zahlreiche Ausfahrten von benachbarten Ortsstellen oder von der Bezirksstelle selbst übernommen werden mußten. Dieser Umstand führte bisweilen leider zu längeren Wartezeiten. Vom Bezirksstellenausschuß wurde der Ortsstelle bereits im Juni d.J. ein zweites Einsatzfahrzeug bewilligt, jedoch mit der Auflage, auch eine geeignete Garage dafür bereitzustellen. Darüber laufen derzeit noch Verhandlungen. Die Ortsstelle hofft aber sehr, auch dabei von den zuständigen Behörden unterstützt zu werden. Um aber dann die Einsatzzeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter in Grenzen zu halten, wäre es wünschenswert, wenn sich noch mehr Freiwillige in den Dienst des Nächsten stellten. Außerdem wird die Einstellung eines zweiten Angestellten bzw. die Zuteilung eines Zivildieners notwendig sein. Ist dies alles erreicht, wird die RK-Stelle jene Einsatzfähigkeit haben, die von der Ärzteschaft und von der Bevölkerung erwartet wird.

* * * * *

Am 25. August 1990 fand am Hochficht eine Großraumübung statt, die von der Rettungshundebrigade veranstaltet wurde. Bei dieser Übung waren 6 Rettungsfahrzeuge des Bezirkes Rohrbach, zwei Bundesheerhubschrauber und die Feuerwehr unseres Bezirkes eingesetzt.

Übungsannahme war ein Waldbrand im Raume Hochficht. 30 Wanderer wurden davon überrascht, wobei sich diese panikartig in alle Richtungen verstreuten. 12 Verirrte verletzten sich dabei schwer. Die Aufgabe des Roten Kreuzes lag darin, die von der Rettungshundebrigade aufgefundenen Verletzten zu versorgen und zu bergen. In einem Zelt für Katastrophenfälle wurden die Verletzten von einem Arzt und dem Sanitätspersonal betreut. Gleichzeitig war die Feuerwehr in Zusammenarbeit mit den Bundesheerhubschraubern damit beschäftigt, den Waldbrand so rasch wie möglich zu löschen.

Die Lembacher RK-Stelle entsandte drei Sanitäter zu dieser Großraumübung. EILMANNSBERGER Franz, HACKL Willi und STARLINGER Franz nützten die Gelegenheit, große Erfahrungen für den Katastropheneinsatz zu sammeln. Sie haben die junge Rettungsstelle Lembach würdig vertreten. Für jede RK-Stelle ist es unbedingt notwendig, für Katastrophenfälle ein gut geschultes Personal zur Verfügung zu haben. Auch die Zusammenarbeit der verschiedenen Einsatzkräfte, wie Rettung, Feuerwehr, Exekutive und Bundesheer muß in Katastrophenfällen einwandfrei und rasch funktionieren.

Kath. Bildungswerk Veranstaltungen/Herbst 1990

Das Kath. Bildungswerk bietet in Zusammenarbeit mit dem Volksbildungswerk ein reichhaltiges Bildungs- und Kursprogramm an. Bei der Erstellung der Veranstaltungen wurde darauf Bedacht genommen, die Interessen einer breiten Bevölkerungsschicht anzusprechen. Es werden aber auch im Veranstaltungsjahr 1990/91 Kurse zur persönlichen und beruflichen Weiterbildung angeboten.

Zunächst die Veranstaltungen bis zum Jahresende in Kurzform:

Sa., 22. Sept. 90: DER BEZIRK ROHRBACH AUS DER LUFT

Referenten: Mag. Thomas Krannich

Mag. Gerhard Tusek

Ort: Mehrzweckhalle Lembach, 20.00 Uhr

Diese Tonbildschau umfaßt 200 Luftaufnahmen aus allen Gemeinden unseres Bezirkes, ist mit Musik und Kommentaren unterlegt und dauert 50 Minuten.

Im Anschluß an die Tonbildschau ist ein Quiz vorgesehen, bei dem 12 Orte oder Objekte zu erkennen sind. Als Preise werden 3 gerahmte Luftbilder aus dem jeweiligen Ort zur Verfügung gestellt.

Do., 4. Okt. 90: DAS BOOT IST VOLL ? (Vortrag)

Mi., 24. Okt. 90: SAKRAMENTE - FEIERN DES GLAUBENS (Vortrag)

Mi., 7. Nov. 90: DER MISZVERSTANDENE SCHÖPFUNGSAUFTRAG (Vortrag)

Di., 13. Nov. 90: IM SCHATTEN DER KUPPEL VON ST. PETER: DER VATIKAN (Vortrag)

Sa., 17. Nov. 90: ROMERO - SEINE WAFFE WAR DIE WAHRHEIT (Spielfilm)

Mi., 28. Nov. 90: ECHT STARK - DIESES ALTER (Vortrag)
Untertitel: Unser Kind von 10 - 14 Jahren

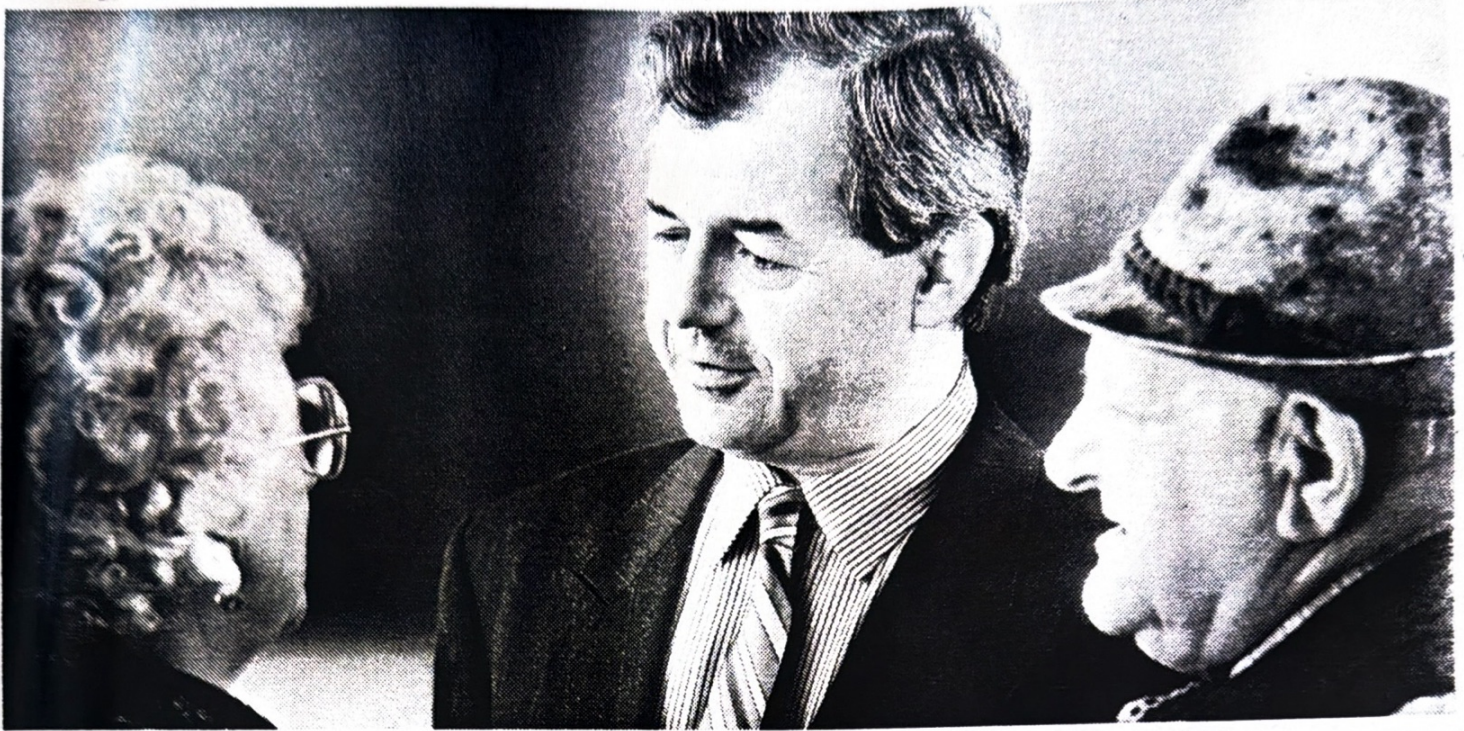
Sa., 30. Dez. 90: KINDER - UND FAMILIENFILMNACHMITTAG

Kurse im Veranstaltungsjahr 1990/91 vom KBW und vom VBW:

ERSTE HILFE, WIRBELSÄULENGYMNASTIK, GLASRITZEN,
DEUTSCH FÜR AUSLÄNDER, COMPUTER- GRUNDKURS,
FLÖTENKURS, GITARREKURS,

Sollten Sie, Ihre Freunde und Bekannten besondere Interessen und Wünsche auf dem Gebiet der Fortbildung haben, können jederzeit Zusatzveranstaltungen eingeplant werden.

GENAUE INFORMATIONEN ÜBER DIE VERANSTALTUNGEN ERHALTEN SIE JEWEILS RECHTZEITIG DURCH PLAKATE UND POSTWURFSENDUNGEN.



Das sind wir unseren älteren Mitbürgern schuldig!

800 Millionen Schilling Pensionserhöhung wollte die SPÖ zugestehen. 2,1 Milliarden hat die ÖVP für Österreichs Pensionisten durchgesetzt. Mit einer zusätzlichen Erhöhung der Pensionen um 1% und einer einmaligen Sonderzahlung von 7% am 1. Juli 1990. Für 1991 sind 5% Pensionserhöhung vorgesehen. Dazu kommt die Anhebung der Mindestpensionen auf 7.000 Schilling für Alleinstehende und 10.000 Schilling für Verheiratete bis 1993. Mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik hat die ÖVP in unserem Land für steigende Konjunktur und wachsenden Wohlstand gesorgt. Und sie hat dafür gesorgt, daß dieser Wohlstand allen zugute kommt – auch und gerade denen, die in der Vergangenheit hart dafür gearbeitet haben. Wir sichern Ihnen Ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung. Unterstützen Sie uns dabei. In diesem Oktober. Mit Ihrer Stimme für die ÖVP.

Josef Riegler

- Durch die Steuerreform zahlen 200.000 Pensionisten keine Steuer mehr
- Durch die Pensionserhöhungen gab es 2,1 Milliarden Schilling mehr für Pensionisten
- Für 1991 sind 5% Pensionserhöhung vorgesehen
- Die Mindestpension wird bis 1993 auf 7.000 Schilling für Alleinstehende und 10.000 Schilling für Verheiratete erhöht

 **ÖVP**
Mehr Zukunft, weniger Sozialismus

Vizekanzler Josef Riegler will einen großen Privatisierungsschub in Österreich

Privatisierungspaket soll 175 Mrd. Schilling bringen

Vizekanzler Josef Riegler will in den nächsten 10 Jahren ein ehrgeiziges Privatisierungsprogramm umsetzen. Österreich soll nicht der letzte Hort der staatlichen Planwirtschaft Europas werden.

Seit die ÖVP in der Regierung ist, wird in Österreich erfolgreich privatisiert. Bisher wurden auf diese Weise 40 Mrd. Schilling – davon 13 Mrd. im Bereich der ÖIAG – an Erlösen erzielt. Die Zahl der privaten Aktionäre ist in Österreich von 100.000 auf 400.000 gestiegen. Die Privatisierung hat sich nicht nur für den Bund und die Unternehmen bezahlt gemacht, sondern vor allem auch für die neuen Aktionäre: So sind die ÖMV-Aktien seit der Privatisierung um 160 Prozent im Wert gestiegen, die AUA-Aktien um über 130 Prozent.

Die ÖVP sieht für staatli-

che Mehrheiten in Unternehmen absolut keinen vernünftigen Grund. Im Gegenteil: Die Entwicklung in der verstaatlichten Industrie unter der SPÖ-Herrschaft mit Milliarden an Zuschüssen aus Steuergeldern und tausenden verlorenen Arbeitsplätzen sind der beste Beweis für das Scheitern der Staatswirtschaft. Auch der sozialistische Mythos von den sicheren Arbeitsplätzen in subventionierten Staatsbetrieben ist inzwischen zu Grabe getragen worden. Es war allein die Privatwirtschaft, die in den letzten Jahren neue Arbeitsplätze – und zwar 120.000 seit 1986 – geschaffen hat.

175 Milliarden für Zukunftsaufgaben

Das Privatisierungsprogramm der ÖVP für die nächsten 10 Jahre umfaßt den gesamten Bereich der Verstaat-

lichten Industrie inklusive der Großbanken CA und Länderbank. Nach seriösen Berechnungen von Bankfachleuten könnte mit diesem Programm ein Gesamterlös von 175 Milliarden Schilling erzielt werden. Dieses Geld will Vizekanzler Josef Riegler in wichtige Zukunftsaufgaben investieren, vor allem im Bereich Bildung und Forschung, soziale Sicherheit und Umweltschutz.

Der SPÖ ist zu dieser Privatisierungsinitiative wieder einmal nicht mehr eingefallen, als von einem Ausverkauf Österreichs zu argumentieren.

Das ist natürlich Schwachsinn: So wie bisher bei den Privatisierungen Österreich nicht ans Ausland verkauft wurde, wird das auch künftig sicher nicht der Fall sein. Die SPÖ ist aus anderen Gründen gegen weitreichende Privatisierungen: Sie fürchtet um ihren parteipolitischen Einfluß in der Staatswirtschaft, den sie natürlich bei der Privatisierung verlieren würde.

Damit ist klar: Wer will, daß der erfolgreiche Wirtschaftskurs, der Österreich auf die europäische Überholspur gebracht hat, fortgesetzt wird, muß die ÖVP stärker, ja zur führenden Kraft in Österreich machen.

„Der Mythos der Linken, daß Verstaatlichung Fortschritt bedeutet, hat sich als falsch erwiesen. Die Staatswirtschaft ist gescheitert.“

(Zitat des sozialistischen Ministerpräsidenten von Spanien, Felipe Gonzales).

KURZ GEMELDET

● Familienpaket

Nach langen Verhandlungen wurde zwischen ÖVP und SPÖ Einigung über das Familienpaket erzielt. Mit dem 2. Karenzjahr und einer zusätzlichen Karenzgeldleistung für Bäuerinnen und Frauen in der Wirtschaft wurde ein bahnbrechender Fortschritt in der Familienpolitik verwirklicht.

● Gesundheitspolitik

In der kommenden Legislaturperiode will die ÖVP wichtige Reformen im Gesundheitswesen durchführen. Die Gesundheitsvorsorge soll Vorrang haben, die Hauskrankenpflege ausgebaut werden.

● Wahlkampf

Generalsekretär Helmut Kukacka kündigte an, die ÖVP wird einen „politischen Wahlkampf“ führen und konkret aufzeigen, was in den nächsten vier Jahren geschehen soll.

Umweltkonferenz der ÖVP legt Ziele für kommende Jahre fest

Umweltschutz muß sich bezahlt machen

„Umweltzerstörung muß teuer werden, Umweltschutz muß sich bezahlt machen.“ Das ist die Devise, mit der die Volkspartei in den nächsten Jahren wirksame Umweltpolitik zur Sicherung der Lebensgrundlagen betreiben will.

Bei einer großen Umweltkonferenz in Wien hat die ÖVP die Ziele und Grundsätze einer konsequenten Umweltpolitik festgelegt. In dieser Legislaturperiode ist es Umweltministerin Marilies Flemming gelungen, wichtige Umweltgesetze umzusetzen, so das Chemikaliengesetz, das Luftreinhaltegesetz, das Abfallwirtschaftsgesetz.

Neben Geboten und Verbieten soll sich eine wirksame Umweltpolitik künftig aber vor allem auf marktwirtschaftliche Instrumente stützen. Das von Vizekanzler Josef Riegler vertretene Modell

der ökosozialen Marktwirtschaft soll so verwirklicht werden.

Was heißt es, marktwirtschaftliche Instrumente in den Dienst der Umwelt zu stellen? Ganz einfach: Es muß teuer werden, die Umwelt zu belasten, es muß sich lohnen und bezahlt machen, umweltgerecht zu handeln. Nicht zuletzt muß auch das Konsumverhalten umweltbewußter werden, z. B. dadurch, daß man als Konsument eher Produkte kauft, deren Verpackung wiederverwertbar ist und nicht entsorgt werden muß. In der Energieversorgung wieder sollen erneuerbare Energieformen begünstigt werden, fossile Energieträger teurer werden.

Viele Unternehmen sind bereits auf „ökologische Orientierung“ umgestiegen und haben erkannt, daß sich das auszahlen kann und von Konsumenten anerkannt

wird. Durch entsprechende Rahmenbedingungen, auch durch die Gestaltung des Steuersystems, soll der Staat ökologisches Handeln unterstützen und fördern.

Vizekanzler Josef Riegler betonte beim Umweltkongreß der ÖVP, daß in der Politik ein neues Denken gefordert sei. Neues Denken in die Richtung, sich wieder der natürlichen Kreisläufe und Systemzusammenhänge zu besinnen. Weiters müßte an die Stelle der kurzfristigen Denkungsweisen wieder die langfristige Planung und Gestaltung treten. Vom sektoralen müßte man zum umfassenden Denken gelangen.

Der Politiker hat dabei nach Auffassung Josef Rieglers die Rolle des Katalysators. Dieser Aufgabe und Verantwortung wolle er gerecht werden und sich dabei auch nicht beirren lassen.